



Beschlussprotokoll

21. Sitzung – Ausschuss für Europa, Internationales und Entbürokratisierung

3. Juni 2026 – 11:05 bis 12:00 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Anna Nguyen (AfD)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Tanja Jost
Christoph Mikuschek
Kim-Sarah Speer

AfD

Christian Rohde

SPD

Stephan Grüger
Esther Kalveram
Matthias Körner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Andreas Ewald
Martina Feldmayer

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger

Weitere Anwesende:

Staatssekretärin Karin Müller, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



Öffentlicher Teil

1. Frühwarndokumente TOP A: ohne Beratung

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über digitale Netze, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120, der Richtlinie 2002/58/EG und der Entscheidung Nr. 676/2002/EG sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1971, der Richtlinie (EU) 2018/1972 und des Beschlusses Nr. 243/2012/EU (Verordnung über digitale Netze) –COM(2026) 16 final**

Fristbeginn: 21.04.2026 Fristende: 16.06.2026

Plenum BR: 12.06.2026

Berichterstattung: Stephan Grüger

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für agile, schnelle Innovation im Verteidigungsbereich (AGILE) – COM(2026) 135 final**

Fristbeginn: 27.04.2026 Fristende: 22.06.2026

Plenum BR: 12.06.2026

Berichterstattung: Matthias Körner

- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2024/1157 hinsichtlich des Verbots der Ausfuhr von zur Verwertung bestimmten gemischten Siedlungsabfällen –COM(2026) 183final**

Fristbeginn: 21.05.2026 Fristende: 16.07.2026

Plenum BR: vorauss. 10.07.2026

Berichterstattung: Stefan Schneider



d) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur für Weltraumdienste der Europäischen Union und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/696 –COM(2026) 152 final

Fristbeginn: noch offen Fristende: noch offen

Plenum BR: vorauss. 10.07.2026

Berichterstattung: Kim-Sarah Speer

Beschluss zu Punkt 1 A a) bis d):

EUA 21/21 – 03.06.2026

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(einstimmig, Enthaltung AfD)

TOP B: mit Beratung

a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen zur Beschleunigung der Verstärkung der industriellen Kapazitäten und der Dekarbonisierung in strategischen Sektoren sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1724, (EU) 2024/1735 und (EU) 2025/3110 –COM(2026) 100 final

Fristbeginn: 24.04.2026 Fristende: 19.06.2026

Plenum BR: 12.06.2026

Berichterstattung: Andreas Lichert

(ELB-Dokument WVA, LUA)

Beschluss:

EUA 21/21 – 03.06.2026

Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz und wird für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)



Zuvor wurde der Vorschlag der AfD-Fraktion – Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz im engeren Sinne. Die Landesregierung wird gebeten, über weitere Entwicklungen zu informieren. – abgelehnt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den gesellschaftlichen Rahmen des 28. Regimes - "EU INC" –COM(2026) 321 final

Fristbeginn: 27.04.2026 Fristende: 22.06.2026

Plenum BR: 12.06.2026

Berichterstattung: Christoph Mikuschek

(ELB-Dokument WVA)

Beschluss:

EUA 21/21 – 03.06.2026

Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz und wird für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)



- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung der Biotechnologie und der Bioproduktion in der Union, insbesondere im Bereich der Gesundheit, und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 178/2002, (EG) Nr. 1394/2007, (EU) Nr. 536/2014, (EU) 2019/6, (EU) 2024/795 und (EU) 2024/1938 (Europäische Biotech-Verordnung)-COM(2025) 1022 final**

Fristbeginn: 12.05.2026 Fristende: 07.07.2026

Plenum BR: 12.06.2026

Berichterstattung: Christian Rohde

Beschluss:

EUA 21/21 – 03.06.2026

Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz und wird für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Zuvor wurde der Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion (siehe Anlage) abgelehnt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)



Nicht öffentlicher Teil

2. Gesetzentwurf

Fraktion der Freien Demokraten

**Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes
über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD)**

– Drucks. [21/1584](#) –

EUA, GFA

Beschluss:

EUA 21/21 – 03.06.2026

Der Ausschuss für Europa, Internationales und Entbürokratisierung empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

(einstimmig)

Berichterstattung: Dr. Matthias Büger

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/4584](#)

3. Bericht der Landesregierung über Europaangelegenheiten

Beschluss:

EUA 21/21 – 03.06.2026

Der Ausschuss für Europa, Internationales und Entbürokratisierung hat den Bericht der Landesregierung entgegengenommen und besprochen.

(einvernehmlich)



4. Verschiedenes

Umgang mit Frühwarndokumenten in der Sommerpause

Der Europaausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, dass Frühwarndokumente, deren Frist abgelaufen ist, künftig von der Übersichtsliste genommen und nicht mehr auf die Tagesordnungen der stattfindenden Sitzungen gesetzt werden. Dokumente mit ELB-Einstufung werden im Rahmen des üblichen Verfahrens an die Fachausschüsse überwiesen.

Sitzung am 7. Mai 2027

Die im Landtagskalender 2027 für Freitag, den 7. Mai vorgesehene Sitzung wird auf Mittwoch, den 5. Mai 2027, 11 Uhr verlegt.

Gespräch mit der Botschafterin der Republik Irland

In der Sitzung am 27. August um 11 Uhr findet zunächst das Gespräch mit der Botschafterin der Republik Irland statt und im Anschluss die reguläre Sitzung.

Informationsreisen

Wiesbaden, 3. Juni 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Dr. Ute Lindemann

Anna Nguyen

Anlage

Beschlussempfehlung der AfD-Fraktion zu Biotechnologie COM (2025) 1022:

COM (2025) 1022 verfolgt legitime Ziele der Innovationsförderung, Versorgungssicherheit und Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Biotechnologie. Zugleich bestehen erhebliche subsidiaritätsrechtliche Bedenken, soweit der Entwurf über eine bloße Binnenmarktharmonisierung hinausgeht und Elemente zentralisierter Innovations-, Forschungs- und Gesundheitssteuerung etabliert. Insbesondere regulatorische Sandboxes, koordinierte Produktionsmechanismen sowie beschleunigte unionsweite Priorisierungs- und Zulassungsstrukturen berühren in erheblichem Umfang mitgliedstaatliche Zuständigkeiten, besonders im Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftsbereich. Daraus ergibt sich ein tripolares Spannungsfeld zwischen dem Subsidiaritätsprinzip, den begrenzten Kompetenzzuweisungen des Art. 168 AEUV (Gesundheitspolitik) sowie den unionspolitischen Zielsetzungen effizienter und harmonisierter Steuerung auf Grundlage des Art. 114 AEUV (Binnenmarktlogik). Art. 114 AEUV wird im vorliegenden Regelungskontext im Wege eines funktional ausweitenden, rechtstechnisch hochumstrittenen Anwendungsansatzes herangezogen und dadurch in seiner primär binnenmarktorientierten Harmonisierungskompetenz überdehnt, was eine zweckentfremdende Verschiebung hin zu einer faktischen Quasi-Primärzuständigkeit im Bereich innovations- und gesundheitspolitischer Steuerung impliziert. Gerade in dieser Konstellation bedarf jede Kompetenzverdichtung auf Unionsebene einer besonders strengen Begründung ihrer Erforderlichkeit sowie eines konkret nachgewiesenen unionsrechtlichen Mehrwerts. Ein solcher Mehrwert der vorgesehenen Zentralisierungs- und Steuerungsmechanismen ist bislang nicht hinreichend substantiiert dargelegt, wodurch sich der Verdacht einer kompetenziellen Überdehnung zulasten der mitgliedstaatlichen Gestaltungsspielräume verdichtet. Folgerichtig wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat, bei der Bundesregierung und gegenüber den Organen der Europäischen Union für die konsequente Wahrung des Subsidiaritätsprinzips sowie für eine präzisere Begrenzung unionsrechtlicher Eingriffsbefugnisse einzusetzen und des Weiteren darauf zu verweisen, dass COM (2025) 1022 mit dem Subsidiaritätsprinzip konfligiert.